

Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG • Postfach 1165 • 38501 Gifhorn



1949 – 2024

# Pressespiegel vom 19. Dezember 2024



**Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG**  
Alter Postweg 36 • 38518 Gifhorn  
Tel.: (0 53 71) 98 98-0  
gwg@gifhorn.de

**Bankverbindung**  
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg  
IBAN: DE23 2695 1311 0011 0107 25  
BIC: NOLADE21GFW

Volksbank eG BraWo  
IBAN: DE27 2699 1066 3003 5580 00  
BIC: GENODEF1WOB

Postbank Hannover  
IBAN: DE59 2501 0030 0047 7403 01  
BIC: PBNKDEFFXXX

**Vorstand:** Andreas Otto, Regine Wolters • **Aufsichtsratsvorsitzender:** Uwe Meyer • **Sitz:** Gifhorn • **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

# Mieten sind 2024 kräftig gestiegen

Sozialverband spricht von neuer „Armutsfalle“ – Preise für den Kauf von Immobilien geben zum Teil deutlich nach

Von Alexander Sturm  
und Larissa Schwedes

**Berlin.** Die Mieten sind im zu Ende gehenden Jahr durchschnittlich rund 4 Prozent gestiegen. Das ergab eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Seit 2010 seien die Nettokaltmieten damit insgesamt um 64 Prozent geklettert.

Die Kaufpreise fielen hingegen laut DIW im Jahreschnitt 2024. Allerdings zeichne sich dort eine Wende ab, teilte das Institut mit, das Daten zu Kauf- und Mietabschlüssen des Immobilienverbands IVD in mehr als 150 deutschen Städten ausgewertet hat. Michaela Engelmeier, Vorstandsvorsitzende des Sozialverbands Deutschland, sieht in den

Zahlen den Beleg für einen Wohnungsmarkt, der aus dem Gleichgewicht geraten sei. „Es ist ein untraglicher Zustand, dass hohe Mieten für immer mehr Menschen zur Armutsfalle werden“, sagte sie. Es seien eine Begrenzung von Mietsteigerungen und mehr sozialer Wohnungsbau nötig. Es ist absehbar, dass freie Wohnungen insbesondere in Großstädten ein knappes Gut bleiben, weil sich der Abwärtstrend bei den Baugenehmigungen fortsetzt. Von Januar bis Oktober wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Summe 175.800 Wohnungen genehmigt – fast ein Fünftel (19,5 Prozent) weniger als im Vorjahreszeitraum. Das Jahresziel der Bundesregierung von 400.000 neuen Wohnungen rückt

damit in weite Ferne. Die Bewilligungen sind mit Blick auf den Wohnungsmangel ein wichtiger Anhaltspunkt: Was nicht genehmigt wird, wird später auch nicht gebaut. Doch der Wohnungsbau steckt nach einem Zinsanstieg und angesichts hoher Baukosten in der Krise. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sieht leichte Anzeichen für eine Erholung. Aber: „Insgesamt bleibt die Geschäftslage in der Bauwirtschaft weit hinter den Vor-Corona-Jahren und dem langjährigen Durchschnitt zurück“, sagte DIHK-Konjunkturanalyst Volker Treier.

Für Menschen, die sich den Kauf einer Immobilie leisten können, hat sich die Lage zuletzt etwas gebessert: Baugrundstücke, Eigenheime



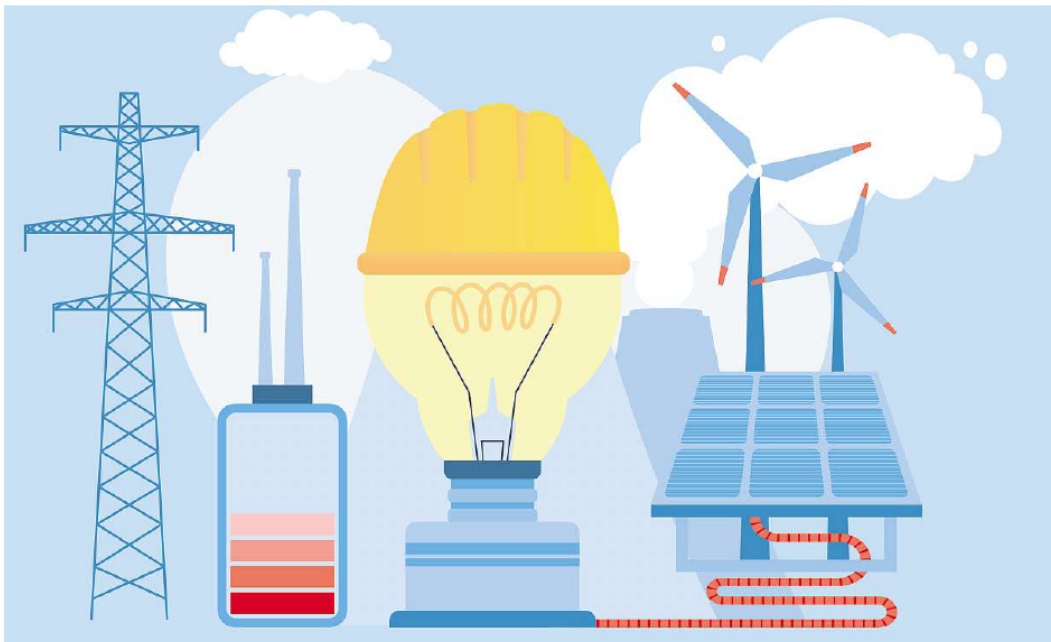
Was fehlt, sind neue Wohnungen.

FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

und Eigentumswohnungen seien im Mittel 5 Prozent billiger als 2023. Gemessen an ihrem Höchststand 2022 sanken die Preise für Einfamilienhäuser besonders stark um gut 8 Prozent, gefolgt von Baugrundstücken und Eigentumswohnungen, schrieb das DIW.

In Großstädten war die Preiskorrektur bei Immobilien und Bauland am kräftigsten: Dort fielen die Preise im Schnitt um 13 Prozent, bei Einfamilienhäusern in mittlerer Lage sogar um 16 Prozent. Trotz der deutlichen Rückgänge seien Bauland, Einfamilien- und Reihenhäuser im Bundesschnitt immer noch etwa doppelt so teuer wie vor Beginn des Booms 2010, betont das DIW. Bei Eigentumswohnungen seien es 117 Prozent.

Aller Zeitung, 19. Dezember 2024



Die Energiewende macht Fortschritte: Manches ist aber noch zu tun.

MONTAGE: DONAT/RND; ILLUSTRATIONEN: FLATART/FREEPIK

# Die großen Baustellen der deutschen Energiepolitik

Branchenlobby fordert niedrigere Strompreise, einen Schub für die Wärmewende und mehr Gaskraftwerke

Von Frank-Thomas Wenzel

**Frankfurt/Main.** Zunächst gute Nachrichten: Es geht voran mit der Energiewende. Die Solarenergie hat in diesem Jahr einen gewaltigen Schub bekommen. Mehr als eine Million zusätzliche Photovoltaikanlagen seien ans Netz gegangen, sagt Kerstin Andreea, Chefin des Energiedachverbands BDEW. Das entspricht einer Steigerung um 325 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch deshalb steigt 2024 der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Strommix auf 55 Prozent.

Auch bei der Windenergie geht es weiter bergauf – mit einem Plus von 20 Prozent. Und die Netze hätten das alles bewältigt, sagte Andreea. Die mit Blick auf den Klimaschutz wichtigste Zahl: Die Energiewirtschaft ist der Musterschüler bei der Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Der geht in diesem Jahr um 9 Prozent zurück. Die Branche ist damit deutlich besser, als es die Bundesregierung vorgibt.

Was nicht heißt, dass dort eitel Sonnenschein herrscht. Vielmehr ist der Umbau der Energieversorgung an einem kritischen Punkt angekommen. Abzulesen ist das auch an einer Auflistung des Stadtwerkeverbands VKU: 14 vielfach extrem wichtige Gesetzesvorhaben hängen nach dem Ampel-Aus in der Luft. Das bereitet auch Andreeas Sorgen. Sehr viele Verfahren, die schon weit vorangetrieben waren, seien jäh gestoppt worden. Mit ungewissem Ausgang. Hier die wichtigsten Baustellen:

## ► Preise

Aktuell kostet die Kilowattstunde Strom für private Haushalte, die einen neuen Vertrag abschließen, rund 28 Cent. Das ist zwar etwas weniger als im Vorjahr, aber immer noch deutlich mehr als 2021. Das hohe Preisniveau ist auch das Hauptmotiv dafür, dass Verbraucher sich mittels Solaranlage auf dem Dach oder einem Balkonkraftwerk von Versorgern zumindest teilunabhängig machen. Andreea begrüßt diesen „Willen, an der Energiewende teilzuhaben“. Sie fordert aber auch, die Stromsteuer für alle zu senken. Diese beträgt gut 2 Cent pro Kilowattstunde und darf laut EU-Regelwerk auf 0,05 Cent gesenkt werden – wovon nicht nur Verbraucher, sondern vor allem auch Firmen profitieren würden.

Zu einem Hit im anlaufenden Bundestagswahlkampf ist zudem die Subvention der Netzentgelte geworden, die eine wichtige Komponente der Stromrechnung sind. Unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) macht sich dafür stark. Vom Staats sollten für dieses Jahr Zuschüsse von 5,5 Milliarden Euro kommen, was auf Geheiß von Finanzminister Christian Lindner (FDP) gestrichen wurde. Auch Andreea befürwortet nun, dass der Fiskus dafür wieder Geld lockermacht. Zudem seien „kluge Vorschläge“ gefragt, um die Strompreise für die Industrie weiter zu drücken.

## ► Wärme

Beim Heizen sind die Klimaziele weit entfernt. Deshalb setzt sich der

Energiedachverband BDEW für ein „Wärmepaket“ ein: Beim umstrittenen Heizungsgesetz soll nachjustiert werden, damit insbesondere die komplizierten Bestimmungen beim Installieren neuer Heizungen vereinfacht werden. Handlungsbedarf besteht: Laut Herstellerverband hat das Interesse am Heizungstausch im Allgemeinen und an Wärmepumpen im Besonderen stark nachgelassen. In drei von vier Haushalten sorgen nach wie vor Öl- und Gasbrenner für Wärme.

# 55

Prozent  
des im Jahr 2024  
in Deutschland erzeugten Stroms  
stammen aus erneuerbaren  
Quellen.

Vertrackt ist die Lage auch bei der Fernwärme. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wollte noch schnell vor der Wahl die Fernwärmeverordnung novellieren, um die Rechte der Kunden zu stärken und mehr Transparenz bei den Preisen zu schaffen. Das wurde gerade abgeblasen. Nach Andreeas Worten müssen neue Regelungen aber zügig kommen. Chancen dafür bestehen. Fernwärme ist ein Wahlkampfthema: Die Grünen verlangen, den Ausbau der Wärmenetze

mit Zuschüssen des Bundes zu verstetigen. Auch die SPD will Vorfahrt für Fernwärme, die in Städten für die Wärmewende enorm wichtig ist.

## ► Steuerbares

Ein dickes Brett ist das Vorhaben, im Energiesystem mehr steuerbare Komponenten zu verankern, um Versorgungssicherheit und stabile Preise zu gewährleisten. Für den BDEW müssen zügig neue Gaskraftwerke her, die zum Teil später auf Wasserstoff umgestellt werden sollen. Genau das hatte Habeck vorgeschlagen, aber dann abgesetzt, wegen „fehlender parlamentarischer Mehrheiten“. Da dürfte es noch einige Kontroversen geben. Ökostromer und unter anderem die Deutsche Umwelthilfe bemängeln, dass Habecks Pläne mit zusätzlichen Kapazitäten von zehn Gigawatt (was acht Atomkraftwerken entspricht) übers Ziel hinausschossen und damit erneuerbare Energie verdrängten. Stattdessen müsse stärker auf Batterien gesetzt werden. Der BDEW hingegen bemängelt, dass die geplanten Konditionen für potenzielle Betreiber trotz Subventionen zu unattraktiv seien.

Andreea hält derweil auch die Steuerbarkeit neuer Solaranlagen für dringlich. Netzbetreibern soll die Möglichkeit gegeben werden, Anlagen ab- und zuzuschalten, um auf intelligente Art die Lasten im Netz zu verteilen. Eine Folge des Solarbooms ist diese Forderung, die Andreea am liebsten noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt sehen würde.

Aller Zeitung, 19. Dezember 2024